

Der Welthandel ist unter Druck!

Viele glauben nicht mehr an den Nutzen von freiem Handel. Dabei ist der freie Handel im multilateralen Welthandelssystem, wie ihn die Welthandelsorganisation WTO verkörpert, eine Erfolgsgeschichte. Fast alle Mitglieder der WTO steigerten ihren Wohlstand spürbar, die weltweite Armut ist deutlich zurückgegangen. Und doch steckt diese Genfer Institution, die vor 25 Jahren ihre Arbeit aufnahm, in einer tiefen Krise. Es wäre zu leicht, dafür allein der Trump-Regierung in den USA die Schuld zu geben. Trump und seine Regierung haben zwar Öl ins Feuer gegossen, aber das Feuer wurde schon einige Zeit früher entzündet. Es ist vor allem in den westlichen Ländern populär. Es ist Wunschdenken, daß alle Probleme der WTO und des freien Handels verschwinden, wenn Trump in diesem Jahr nicht wiedergewählt wird.

Die Probleme des multilateralen Welthandelssystems liegen tiefer. Daß die Mechanismen der Streitschlichtung des internationalen Handelssystems vor allem aus Washington blockiert werden ist zwar richtig, aber die Probleme der Streitschlichtung sind älter. Selbst die Trump-Regierung macht konstruktive Vorschläge zur Reform, wie z.B. verschärfte Regeln, um den unfairen Vorteil zu bekämpfen, den viele Länder durch die geltenden Regeln für Subventionen, Definitionen staatseigener Unternehmen und ähnliches ausnutzen.

Doch selbst wenn es der WTO gelänge, gute technische Lösungen und Regeln für die Beilegung von Handelskonflikten zu finden, würde das die WTO nicht so schnell aus der Krise führen. Die Handelsorganisation muß die grundlegende Botschaft, daß Freihandel gut ist, besser vermitteln. Die Bedeutung des Nutzens freien Handels kann gar nicht genug betont werden! Zu viele Menschen - auch in den westlichen Ländern - glauben, die Vorteile

der Globalisierung kämen ihnen nicht zugute. Das ist nicht nur bei den Anhängern des Präsidenten Trump und bei radikalen Linken so, die etwa mit ihren Protesten gegen den G-20 Gipfel in Hamburg im Kern die Vorurteile Trumps gegen freien Handel und Globalisierung teilen. Der Protest gegen die WTO reicht trotz aller Erfahrung bis weit in das Mitte-Rechts- und das Mitte-Links-Milieu einschließlich der Grünen. Selbst wenn wir technokratisch perfekte Lösungen für die WTO finden, wird diese scheitern, wenn es nicht gelingt, die Menschen von den Vorteilen freien Handels zu überzeugen. Wir brauchen eine Gegendarstellung, ein Narrativ, das zeigt, daß **nicht** die Globalisierung und freier Handel die Ursache für die Probleme sind, wie es von rechts, aber eben auch von links immer wieder behauptet wird.

Aber auch einer zweiten, vielleicht sogar noch wichtigeren Herausforderung sieht sich die WTO gegenüber. Sie ist vor 25 Jahren gegründet worden in der Erwartung, daß die Staaten sie nutzen würden, um über freien Handel den Wohlstand der Völker zu mehren. Sie wurde nicht geschaffen für eine Welt, in der die Freiheiten des Handels als Waffe für Vorteile - nicht nur ökonomische! - gegenüber möglichen Rivalen eingesetzt werden. So nutzt z.B. China die Vorteile des freien Handels, gewährt aber seinen Handelspartnern nur sehr begrenzte wirtschaftliche Freiheiten.

Hält man sich insbesondere den fortschreitenden Aufstieg Chinas und die chinesisch-amerikanische Konfrontation vor Augen, bei der es um Sicherheit, Hegemonie und technologische Suprematie geht, dann ist auch klar: Die Welthandelspolitik bleibt spannungsintensiv. Staatskunst und politische Klugheit werden mehr denn je gebraucht, global, aber besonders in Europa, das nun auch noch durch den im Vollzug befindlichen Brexit einen dramatischen Verlust zu erleiden im Begriffe ist.

Fragt sich nur, ob Staatskunst und politische Klugheit in hinreichendem Maße im Angebot sind! Unsere Politik reagiert auf diese Unsicherheit mit immer mehr Regulierung. Die zentralen Probleme wird sie auf diese Weise nicht lösen können. Die Rettungspolitik der Notenbanken ist mittlerweile zum Dauerzustand geworden.

Aber: der freie Welthandel ist ohne die liberale Ordnung der Marktwirtschaft undenkbar. Darüber besteht eigentlich auch bei uns weitestgehend Einigkeit. Doch wie gehen wir mit dieser Erkenntnis um?

Der **erste** Angriff auf die Marktwirtschaft begann schon in den 80er Jahren, als die ökonomischen Wirkungen der Globalisierung auf die Gesellschaft politisch einfach hingenommen wurden, ohne die sozialen Folgen für die Einkommens- und Vermögensverteilung, insbesondere der Mittelschicht, hinreichend zu berücksichtigen: Kapitaleinkommen haben in den Industrieländern stärker von der Globalisierung profitiert als die Arbeitseinkommen, höher qualifizierte Arbeit wesentlich stärker als geringer qualifizierte.

In der größten Krise der Globalisierung, der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008, kam es zum **lobbypolitischen** Angriff auf die Marktwirtschaft. Gläubiger wurden massiv geschützt und Banken gerettet. Wenngleich die ergriffenen Maßnahmen durch die systemischen Risiken damals gerechtfertigt schienen, haben die Privatisierung der Gewinne und die Sozialisierung der Verluste die Marktwirtschaft viel Kredit gekostet und ihrem Ansehen bis heute einen erheblichen Schaden zugefügt. Die Verteilung des Kuchens, so schien es, wurde wichtiger als seine Entstehung.

Der nächste Angriff war dadurch vorgezeichnet: Der **populistische** Angriff auf die soziale Marktwirtschaft. Der durch die Krise verursachte Verlust von

Vertrauen und das Fehlverhalten selbstsüchtiger Eliten wurden politisch durch die so erstarkenden Populisten mißbraucht. Kennzeichen des Populismus sind Kurzfristigkeit der Politik und nationale Abschottung. Unsere etablierte Politik hat es über Jahre versäumt, langfristig wichtige Strukturreformen durchzuführen und öffentliche Investitionen zu tätigen, wie etwa im Bereich der Infrastruktur oder der Digitalisierung.

In anderen Politikbereichen wie der Klima- und Energiepolitik wurden handwerkliche Fehler mit eklatanten Fehlanreizen und Wirkungslosigkeiten begangen. Die Langsamkeit der Politik hat nun den nächsten, den **industriepolitischen** Angriff auf die Marktwirtschaft erzeugt. Die sog. "Nationale Industriestrategie" redet einer weniger strengen Fusionskontrolle und nationalen Champions das Wort. Große Konzerne sollen nun das nationale Interesse gegenüber China und den USA verteidigen. Die darin angelegte politische Verstrickung richtet sich direkt gegen die Prinzipien der Marktwirtschaft.

Angesichts aller dieser Angriffe auf die Marktwirtschaft, von der Aussetzung von Wettbewerb bis hin zum Schutz von Einzelinteressen, ist es kaum verwunderlich, daß es nun also zum **sozialistischen** Angriff kommt. Immer mehr Verbote, paternalistische Umerziehung und nun sogar Enteignung bestimmen den politischen Diskurs. Dieser Angriff ist nicht überraschend. In gewisser Weise ist er folgerichtig, denn die Soziale Marktwirtschaft hat hierzulande in den letzten Jahrzehnten nicht mehr hinreichend eingelöst, was über Jahrzehnte ihr Erfolg gewesen ist und was sie im Kern bedeutet, nämlich Chancengerechtigkeit und ein Wohlfahrts- und Aufstiegsversprechen für jeden Einzelnen. Die Marktwirtschaft muß dieses Versprechen dringend erneuern!

Wie kann sie das tun? Indem sie anfängt, wieder ihre Prinzipien durchzusetzen! Wettbewerb sichert Freiheit, der Schutz von Partikularinteressen dagegen gefährdet Demokratie. Die gesellschaftliche Akzeptanz von privatem Eigentum als Bedingung der Marktwirtschaft gründet auf dem Dreiklang aus Risiko, Verantwortung und Haftung. Institutionen wie die WTO müssen mit ihren Regeln dieses Prinzip durchsetzen, Einzelinteressen zugunsten des Gemeinwohls zurückdrängen und die Langfristigkeit der Wirtschaftspolitik sichern. Und die nationale Politik selbst kann eine Menge tun, um die Attraktivität der Marktwirtschaft wieder zu erhöhen. Sie muß ihre eigene Untätigkeit überwinden und langfristige Planbarkeit für marktwirtschaftliche Aktivitäten geben, sozialen Schutz und wirtschaftlichen Aufstieg stärken. Die Soziale Marktwirtschaft steht heute von vielen Seiten unter Druck, aber sie bleibt die wichtigste Verbündete der liberalen Ordnung und der Demokratie!

Ob liberale Ordnung und Demokratie für das Gedeihen von Handel, Schifffahrt und Industrie, also unserer Wirtschaft, eine zwingende Voraussetzung sind, wird in Ansehung wirtschaftlich erfolgreicher autoritärer Staaten - Beispiel China - heutzutage immer häufiger in Zweifel gezogen. Im Jahre 1989, am Ende des Kalten Krieges, konnten wir uns kaum eine Zukunft ausmalen, die nicht demokratisch und kapitalistisch geprägt wäre. Aber was, wenn wir uns geirrt hätten?

In unserer Vorstellungswelt läutete das Jahr 1989 mit dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus ein dreißigjähriges Zeitalter der Nachahmung westlicher, liberaler Prinzipien für diese ehemals sozialistischen Staaten ein. Die vom Westen dominierte Ordnung ließ den Liberalismus im Reich der Ideale unangreifbar wirken. Nachdem allerdings die anfänglichen großen Hoffnungen beim Import des westlichen Politik- und Wirtschaftsmodells

verblaßten, verbreitete sich ein Widerwille gegen diese Nachahmungspolitik. Ein antiliberaler Gegenschlag war vielleicht eine Reaktion auf eine Welt, der es an politischen und ideologischen Alternativen gefehlt hatte. Das antiwestliche Ethos, das heute in den postkommunistischen Gesellschaften herrscht, kann man meiner Ansicht nach viel besser mit diesem Mangel an Alternativen erklären als etwa mit der Anziehungskraft einer autoritären Vergangenheit oder einer historisch verwurzelten Abneigung gegen den Liberalismus. Schon die arrogante Feststellung, daß "es keinen anderen Weg gibt", lieferte der Welle aus populistischer Fremdenfeindlichkeit und reaktionärem Nationalismus, die sich in Mittel- und Osteuropa aufschaukelte, ein eigenständiges Motiv. Daß eine plausible Alternative zur liberalen Demokratie fehlte, stimulierte eine Revolte, denn Menschen brauchen Wahlmöglichkeiten oder zumindest die Illusion, eine Wahl zu haben.

Populisten rebellieren nicht nur gegen einen bestimmten (liberalen) Politiktyp, sondern auch dagegen, daß die kommunistische durch die liberale Rechtgläubigkeit ausgetauscht wird. Linke wie rechte Aufstandsbewegungen vermitteln die Botschaft, daß die "Friß oder stirb"-Mentalität des Establishments falsch sei und daß die Dinge anders sein könnten, vertrauter und authentischer.

Natürlich kann ein einzelner Faktor nicht erklären, warum in so vielen, ganz unterschiedlich situierten Ländern im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gleichzeitig ein autoritärer Antiliberalismus auftritt. Dennoch hat meiner Ansicht nach die Tatsache, daß die Menschen den quasireligiösen Status der liberalen Demokratie und deren Nachahmungspolitik nicht mehr anerkennen, ganz allgemein eine entscheidende Rolle gespielt, nicht nur in China und Mitteleuropa, sondern auch in Rußland und den Vereinigten

Staaten. War die Stimmung des späten 20. Jahrh. vom Ziel der Öffnung geprägt, macht sich heute das Gefühl breit, man sei zu kurz gekommen. An der Globalisierung wollen viele für sich nur noch Nachteile erkennen. "So haben wir nicht gewettet", sagen sie: "Besser, wir schotten uns ab." So auch hierzulande. Dabei war, objektiv betrachtet, vor 30 Jahren alles teurer und schlechter. Nur will das heute kaum einer mehr wahrhaben.

Dem gilt es entgegenzuwirken, nicht etwa, indem wir fast alle alternativen politischen Vorstellungen und nichtliberalen Ideen schlechtreden und ihre Vertreter mundtot machen, sondern indem wir, jeder Einzelne von uns, ohne Überheblichkeit die Vorzüge einer liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung darstellen und - besonders wichtig! - die damit verbundenen Verantwortlichkeiten vorleben! Ein so geläuterter Liberalismus, der sich von seinem unrealistischen Streben nach weltumspannender Hegemonie erholt hat, wäre dann immer noch die wirtschaftspolitische Idee, die dem 21. Jahrh. am ehesten entspricht und verdiente unseren bekannten Ruf

- Auf Handel, Schiffahrt und Industrie ein dreifaches **Hepp - Hepp - Hepp...**